

P R O T O K O L L

der 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates
Amtsdauer 2014-2018
Amtsjahr 2014/2015

Datum Donnerstag, 6. November 2014, 19.15 Uhr
Ort Stadthausaal, Effretikon

Teilnehmer/innen

Vorsitz Ratspräsidentin Brigitte Rösli, SP

Protokoll Marco Steiner, Ratssekretär

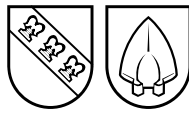
Anwesend

- 34 Mitglieder des Grossen Gemeinderates
- 9 Mitglieder des Stadtrates
- Stadtschreiber

Entschuldigt

- Gemeinderätin Marianne Baracchi-Meier, SVP, Krankheit
- Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, Hochzeitsreise

Weibeldienst André Amrein, Ratsweibel



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

TRAKTANDEN

1. Mitteilungen
2. Geschäft-Nr. 005/14
Antrag des Stadtrates betreffend
energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim
Gasthof Rössli, Illnau / Projekt- bzw. Kreditgenehmigung
3. Geschäft-Nr. 013/14
Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend
ehrenvolle Entlassung der Wehrpflichtigen - Begründung
4. Geschäft-Nr. 014/14
Interpellation René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend
Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) - Begründung
5. Geschäft-Nr. 015/14
Interpellation Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend
faire Besoldung der Feuerwehr - Begründung

ERÖFFNUNG DER SITZUNG

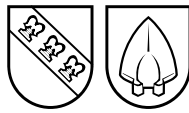
*Ratspräsidentin Brigitte Rössli, SP, eröffnet die 6. Sitzung des Grossen Gemeinderates Illnau-Effretikon der
Amtsdauer 2014-2018.*

FESTSTELLUNG BESCHLUSSFÄHIGKEIT

Die Voraussetzungen für die ordnungsgemässe Durchführung der Sitzung des Parlamentes sind erfüllt. Die
Einladung ist rechtzeitig und ordnungsgemäss erfolgt. Mindestens die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend,
der Rat somit beschlussfähig (Art. 19 GeschO GGR).

Folgende Ratsmitglieder liessen sich für die heutige Teilnahme an der Sitzung des Rates entschuldigen:

- Gemeinderätin Marianne Baracchi-Meier, SVP, Krankheit
 - Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, Hochzeitsreise
-



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

ZÄHLUNG DER ANWESENDEN RATSMITGLIEDER

Die Ratspräsidentin lässt durch die Stimmzählenden die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder feststellen.

Die Zählung ergibt 34 anwesende Mitglieder.

Abzüglich der Stimme des Präsidenten ergibt sich eine Zahl der stimmberechtigten Personen von 33. Die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 17 Stimmen.

ERLASS DER TRAKTANDENLISTE

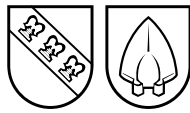
Die Ratspräsidentin fragt den Rat an, ob er Änderungen zur Traktandenliste wünscht. Dies zeigt sich nicht an. Somit werden die Geschäfte in Art und Reihenfolge gemäss angesetzter Tagliste behandelt.

1. MITTEILUNGEN

EINGANG NEUER GESCHÄFTE

Seit der letzten Sitzung sind folgende Geschäfte eingegangen:

Gesch.-Nr.	Titel	Datum Eingang/ Frist Beantwortung/ Mahnung erfolgt	Vorberatung?
012/14	Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2015 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2016/20	E: 02.10.2014	RPK
013/14	Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend ehrenvolle Entlassung der Wehrpflichtigen	E: 02.10.2014	--
014/14	Interpellation René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB)	E: 02.10.2014	--
015/14	Interpellation Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend faire Besoldung der Feuerwehr	E: 20.10.2014	-
016/14	Antrag des Stadtrates betreffend Abrechnung des Rahmenkredits für den Umbau, die Einrichtung und den Betrieb eines städtischen Kinderhauses in Illnau	E: 23.10.2014	RPK
017/14	Antrag des Stadtrates betreffend Kenntnisnahme des Voranschlages 2015 und des Finanzplanes 2014-2019 des Alterszentrums Bruggwiesen	E: 23.10.2014	RPK



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

ANTWORTEN ZU PARLAMENTARISCHEN VORSTÖSSEN

Keine Eingänge.

EINGANG VON ABSCHIEDEN DER VORBERATENDEN KOMMISSIONEN

RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION RPK:

Geschäft-Nr. 005/14

Antrag des Stadtrates betreffend

energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim Gasthof Rössli, Illnau / Projekt- bzw. Kreditgenehmigung

Abschied der Rechnungsprüfungskommission vom 20. Oktober 2014

GESCHÄFTSPRÜFUNGSKOMMISSION GPK:

Keine Eingänge.

VERTRETUNG DES PRÄSIDIUMS NACH AUSSEN

Keine Vertretungen.

WEITERE MITTEILUNGEN

AKKREDITIERUNG VON MEDIENBERICHTERSTATTENDEN

Mit Präsidialverfügung vom 5. November 2014 hat das Büro des Grossen Gemeinderates auf entsprechendes Gesuch hin Frau Annalisa Hartmann als Medienberichterstatteerin für die Zürcher Oberland Medien AG (Redaktion Zürcher Oberländer/regio.ch) akkreditiert.

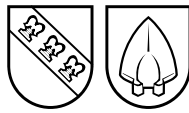
Gleichzeitig wird die Akkreditierung des bisherigen Redaktors Till Hiemer aufgehoben; die weiteren Autorisationen für Anna E. Guhl, Isabel Heusser und Fabian Senn bleiben aufrechterhalten.

RATSEMINAR

Das Ratsbüro ist seit längerer Zeit damit beschäftigt, ein Ratsseminar für neue (aber auch bisherige) Mitglieder zu organisieren. Die Terminkoordination nahm aufgrund terminplanerischer Schwierigkeiten mit den vorgesehenen Referenten längere Zeit in Anspruch, wofür das Büro um Entschuldigung bittet. Das Ratsbüro ist jedoch erfreut, dass es gelungen ist, für diese Weiterbildung die ehemalige Gemeinde- und Kantonsrätin Esther Hildebrand und Kantonsrat Thomas Vogel (ebenfalls ehemaliger Gemeinderat) zu gewinnen.

Der Termin ist nun auf Mittwoch, 14. Januar 2014, ab 19.00 Uhr, anberaumt.

In Kürze wird eine elektronische Einladung versandt. Die Anmeldung wird via Doodle-Link erfolgen. Gleichzeitig können Themen oder Schwerpunkte bekannt gegeben werden, die zur näheren Beleuchtung gewünscht werden.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

RATSAUSFLUG

Aufgrund terminlicher Gründe wird der Ausflug der diesjährigen Ratspräsidentin bereits am Freitag, 20. März 2015, anberaumt. Brigitte Rösli bittet, sich den Termin bereits heute zu notieren und freut sich auf zahlreiches Erscheinen.

UMTRUNK

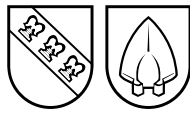
Nach Sitzungsschluss bleibt die Bar im Foyer des Stadthaussaals noch während einer Stunde geöffnet. Der Getränkebezug geht jedoch zu Lasten der Ratsmitglieder.

GRATULATION

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, Ressort Finanzen, hat am Freitag, 22. August 2014, den Bund der Ehe geschlossen, was ihm die durch die Ratspräsidentin überbrachten besten Wünsche des Parlamentes beschert.

FRAKTIONS- ODER PERSÖNLICHE ERKLÄRUNGEN

Keine Wortmeldungen.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

2. GESCHÄFT-NR. 005/14

**Antrag des Stadtrates betreffend
energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim Gasthof Rössli, Illnau /
Projekt- bzw. Kreditgenehmigung**

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dessen Protokoll vom 10. Juli 2014 folgenden Antrag:

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 3 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

1. Für die Erneuerung der Heizung (Variante Fernwärme) und Lüftung im Gasthof Rössli, Illnau, wird ein Kredit von Fr. 1'050'000.- (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, Konto 420.5031.31, bewilligt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
3. Dieser Beschluss untersteht dem fakultativen Referendum.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, dreifach

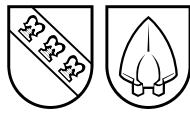
Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die separaten Akten verwiesen.

VERZICHT AUF EINE EINTRETENSDEBATTE

Laut Art. 32 GeschO GGR ist bei umfangreichen Geschäften oder solchen, die mehrere Anträge in sich schliessen, zuerst eine Eintretensdebatte zu führen. Die Rechnungsprüfungskommission hat im Vorfeld einen einstimmigen Rückweisungsantrag formuliert. Die Durchführung einer Eintretensdebatte erscheint daher eher weniger sinnvoll, da sich die Diskussion schwerpunktmässig ohnehin um die Rückweisung drehen wird.

Die Ratpräsidentin fragt den Rat an, ob gegen das gewählte Vorgehen Einwände erhoben werden.

Dies zeigt sich nicht an – die Eintretensdebatte entfällt somit.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

ABSCHIED DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION (RPK)

Die Vorbereitung dieses Geschäftes fand in der Rechnungsprüfungskommission RPK statt. Mit Schreiben vom 20. Oktober 2014 unterbreitet die RPK dem Gesamtrat einen einstimmigen Antrag zur Rückweisung des stadträtlichen Antrages. Der detaillierte Wortlaut und den mit der Rückweisung verbundenen Auftrag ergibt sich aus dem separaten Kommissionsabschied.

Das Geschäft wird durch das *Gemeinderats- und Kommissionsmitglied René Truninger, SVP*, vertreten. Er stützt sich dabei auf den im schriftlichen Abschied festgehaltenen Kernaussagen, weshalb an dieser Stelle keine neuen Erkenntnisse festgehalten werden können.

Das Wort steht weiteren Mitgliedern der Rechnungsprüfungskommission offen. Es meldet sich Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, dankt seines Zeichens als Präsident der Rechnungsprüfungskommission den Referenten Stefan Hafen, SP, und René Truninger SVP, für die geleistete Arbeit.

Wie bereits erwähnt, habe der Stadtrat in seinen Darlegungen insbesondere im Vergleich zwischen den Heizungsoptionen Fernwärme und Holzpellet einige Abklärungen und Fragen offen lassen.

Gemäss der Zustandsanalyse „Haustechnik“, welche im Mai 2012 erhoben wurde, beläuft sich bei einem Fernwärmeanschluss das Investitionskostenverhältnis pro kW-Leistung auf ca. Fr. 1'400.-/kW (abhängig von der Vertragsart). Bei einer Holzpelletanlage würde sich das Investitionskostenverhältnis pro kW-Leistung auf ca. Fr. 800.-/kW belaufen. Das wäre deutlich günstiger.

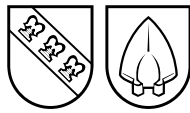
Die Studie zur „Energieerzeugung Rössli“ vom 3. Februar 2014 schliesse mit der Empfehlung, wonach in Verbindung zwischen ökonomischer und ökologischer Sicht die Wahl auf eine Holzpelletanlage fallen sollte. Entgegen diesem Studienergebnis forcieren der Stadtrat die Fernwärmelösung.

Folge man der auf Seite 6 der stadträtlichen Weisung abgebildeten Kostenaufstellung so stelle die Rechnungsprüfungskommission fest, dass die Fernwärmelösung die höchsten laufenden Kosten pro Jahr auslöse (Fr. 40'000.- im Vergleich zu Fr. 30'000.- bei der Holzpelletvariante).

Gemäss technischem Bericht befinden sich die Lüftungsanlagen in einem zufriedenstellenden Zustand. Der Stadtrat sehe in seinem Antrag vor, sie nun für Fr. 850'000.- komplett zu erneuern. Dies scheint offenbar eine Bedingung für den EKZ-Fernwärmeanschluss darzustellen.

Der Antragschrift des Stadtrates sei zu entnehmen, dass die Dachisolation mangelhaft und das Dach darum zu sanieren sei. Gegenüber der Rechnungsprüfungskommission liess der Stadtrat Ressort Hochbau neuerdings verlaublich, wonach das Dach besser isoliert sei als bisher angenommen. Die vorgesehene Dachsanierung bringe energetisch kaum etwas und lohne sich ökonomisch nicht.

Obwohl die zur Verfügung gestellten Unterlagen verschiedene Informationen enthalten, die deutlich für Alternativen sprechen, vertiefte der Stadtrat einzig den Fernwärmeanschluss mit kompletter Lüftungssanierung.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

Ein Jeder würde in seinen privaten Angelegenheiten einem solchen Vertragsabschluss mit einer Laufzeit von über 30 Jahren und unter solch unvorteilhaften Umständen kaum Grünes Licht geben – notabene eine Lösung, die unter Umständen sehr teuer zu Buche schlagen wird.

Den Tageszeitungen war zu entnehmen, wonach der Stadtrat die Untersuchungen der Rechnungsprüfungskommission als Breitseite empfinde. Das sei weder der Kommission Botschaft noch Absicht. Allein finanzpolitische Erwägungen liessen das Gremium einstimmig für eine Rückweisung des Antrages plädieren. Auch sehe die Rechnungsprüfungskommission keine Veranlassung, einen überstürzten Entscheid herbeizuführen. Die vorberatende Kommission wünscht vielmehr die Alternative „Holzpellet“ abgeklärt zu haben. Ferner möchte sie dem Stadtrat die Chance geben, Nachverhandlungen mit den EKZ als potenzielle Contracting-Partnerin zu führen. Mit einer Rückweisung stärke die Rechnungsprüfungskommission dem Stadtrat den Rücken, mit den EKZ wenigstens besser Vertragskonditionen auszuhandeln.

Ratspräsidentin Brigitte Rössli, SP, mahnt den Redner zur Einhaltung der in Art. 35 Abs. 2 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgelegten Redezeit von fünf Minuten, worauf dieser sein Votum mit den letzten Sätzen schliesst.

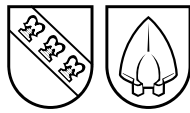
Gemeinderat Käppeli, FDP, dankt insbesondere dem Pächterpaar Vreni und René Kaufmann und deren Team für ihr beeindruckendes Engagement. Ein Aufenthalt im Rössli Illnau komme stets einem gastronomischen Genuss gleich und die dargebotene Gastfreundschaft sei an dieser Stelle speziell gewürdigt und verdankt.

Gemeinderat Roger Miauton, SVP, lobt die Eigenschaften der Beheizung durch einen Fernwärmeanschluss. Es würde daher Sinn machen, die Nutzung dieser vorteilhaften Beheizungsvariante auch der Liegenschaft Rössli zu erschliessen. Das Problem bestehe aber in der Tatsache, wonach die fragliche Liegenschaft eine Anschlussleistung von 200 kW notwendig habe, die Fernwärmeanbieterin aber nur 150 kW zur Verfügung stellen will. Zurückzuführen sei dies mutmasslich wohl auf einen Planungsfehler auf deren Seite. Mit 150 kW Leistung seien die Spitzen bei kalten Tagen noch nicht abgedeckt.

Diesem Problem liesse sich mit zwei Lösungen begegnen. Einerseits mit der Installation einer Zusatzheizung für die Spitzentage oder andererseits mit einer umfangreichen Lüftungssanierung. Laut Fernwärmevertrag sei es aber untersagt, den kostengünstigen Einsatz einer zusätzlichen Heizung vorzusehen. Dies bedeute gleichzeitig, dass in den kommenden 30 Jahren der Gebäudekomplex für die nächste Generation nicht erweitert werden könne, da der erforderliche Energiebedarf nicht zur Verfügung gestellt werden kann.

Wollen die EKZ im Geschäft verbleiben, so haben sie eine höhere Leistung von beispielsweise 200 kW anzubieten. Wie die EKZ ihr Angebot verbessern wolle, bleibe dem Unternehmen selbst überlassen.

Gemeinderat Hans-Jürg Gehri, BDP, stellt zu Beginn seines Votums klar, dass die gegenwärtigen Pachtnehmer des Restaurants Rössli durch diese Diskussionen in keinsten Weise tangiert werden sollen. Er zollt deren Arbeit höchsten Respekt, schliesslich erwirtschaften Vreni und Ruedi Kaufmann einen namhaften Pachtzins. Als früheres Mitglied der parlamentarischen Rechnungsprüfungs- und als jetziges Mitglied der Geschäftsprüfungskommission sei Gehri bestens mit der Thematik, die sich seit Jahren um das Gasthaus rankt, vertraut. So tituliert Gehri die Liegenschaft auch gerne mitunter als Fass – denn, diesem Fass fehle bekanntlich der Boden, betrachte man vor allem die Investitionen, welche die Stadt immer wieder tätigt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

Bereits die ehemaligen Gemeinderäte Thomas Vogel und Dominique Müller erkundigten sich seinerzeit via eines parlamentarischen Vorstosses, inwiefern die Betreibung eines Restaurants zur Wahrnehmung von kommunalen - und damit städtischen - Aufgaben gehört.

In Beantwortung solcher Fragen lieferte der Stadtrat jeweils Argumente, die insbesondere auch die Investitionen grosser Beträge mit der Vornahme von gebundenen Ausgaben begründet.

Besonders ins Auge sticht die damalige Renovation der Hotelzimmer – mitunter wurden damals Argumente ins Feld geführt, wonach sich die Auslastung aufgrund des veralteten Ausbaustandards nicht mit den Erwartungen deckte und man davon ausging, sie mit einer Komfortsteigerung positiv beeinflussen zu können. Es stelle sich die berechnete Frage, wie es denn heute um den Auslastungsgrad bestellt sei.

Bislang fühlte sich Hans-Jürg Gehri als einsamer Rufer in der weiten Wüste. Nun endlich habe dieser Ruf auch die Rechnungsprüfungskommission - unter neuer Führung von Michael Käppeli, FDP - ereilt. Dessen hervorragender Moderationsfähigkeit sei es zu verdanken, dass das Gremium sich eine und aus aktuellem Anlass zum vorliegenden Geschäft einen einstimmigen Rückweisungsantrag formuliert. Unter diesen Voraussetzungen prognostiziert Gehri auch einen geebneten Weg für die anstehende Budgetdebatte.

Aus dem Rat zeigt sich einstweilen kein weiterer Redebedarf, sodass Ratspräsidentin Rösli dem Stadtrat das Wort erteilt. Es spricht Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, zuständig für das Ressort Hochbau.

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, nimmt das kolportierte Bildnis der „Breitseite“ nochmals auf. Dieses rühre aus der Historie; zur Zeit als Seefahrtskriege geführt wurden, sprach man von einer Breitseite, wenn das gegnerische Schiff frontal (bzw. querstehend) attackiert und auf der ganzen Längsseite – also auf der ganzen Breite – befeuert und beschossen wurde; diese Ausführungen seien an dieser Stelle nur der Vollständigkeit halber angemerkt.

Die Verlautbarungen des Stadtrates seien nicht in dieser Art und Weise erfolgt, wie sie in den Medien dargelegt wurden. Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, attestiert der Rechnungsprüfungskommission eine konziliante Geschäftsführung.

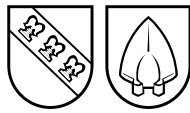
Bevor Reinhard Fürst näher auf Details eingehen will, gibt er dem versammelten Plenum zu bedenken, wonach es zum Wesen des Parlamentes gehöre, einander zuzuhören, sich ein Herz zu fassen und dann zu entscheiden. Ansonsten könne man das Parlament auch abschaffen und fortan auf dem schriftlichen Weg korrespondieren.

Im Nachgang erläutert Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, anhand einer visuellen Projektion nochmals die zu Grunde liegende Thematik. Die visuelle Projektion findet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Das bereits mehrfach erwähnte Gutachten vom 22. Mai 2012 sowie ein ergänzender technischer Bericht vom 3. Februar 2014 bildeten Grundlage für den stadträtlichen Antrag und dessen Sichtweise.

Die bestehende Heizungsanlage ist mit einer Betriebsdauer von 20 Jahren am Ende ihrer Lebensdauer angelangt; wo nötig, wurde sie notdürftig repariert (Schweissarbeiten am Heizkessel).

Ebenso ersatzbedürftig ist die Lüftungsanlage für den grossen wie auch den kleinen Saal. Auch hier steht das Lebensende nach 33-jährigem Einsatz unmittelbar bevor. Die gegenwärtige technische Installation vermag 7'200 m³ Luft pro Stunde umzuwälzen; heutzutage ist für Räume dieser Dimensionen eine Kapazität von



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

16'000 m³ pro Stunde erforderlich. Die Vorrichtungen entsprechen nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften, so kann auch die Lufttemperatur im Saal nicht mehr genügend effizient geregelt werden.

Eine Nachrüstung mit Option der Wärmerückgewinnung würde den Luftdurchlass zusätzlich reduzieren, während die Bestückung der bestehenden Anlage (sofern die vorhandenen Kanalführungen und Querschnitte die geforderte Kadenz überhaupt zu bewältigen vermögen) mit stärkeren Lüftungsmotoren auch in vermehrten Strömungs-, Wind, und Pfeifgeräuschen resultieren würden.

Die Renovation des Daches kann einstweilen noch aufgeschoben und vom Projekt entkoppelt werden, da sich der Zustand der Wärmeisolation besser präsentiert als ursprünglich angenommen.

Reinhard Fürst präsentiert anhand einiger Diagramme den Kostenvergleich zwischen den verschiedenen Heizvarianten Pellet, Öl und Fernwärme. Die Übersichten inkludieren die Honorare, die Anlage-, die Bau-, die Neben- und die laufenden Kosten. Der Stadtrat sprach sich unter anderem für die Fernwärmelösung aus, da sie langfristig die günstigste aller Varianten darstellt. Dies auch nachdem die Grundlagen abteilungsintern nochmals kritisch hinterfragt und nachberechnet wurden. Dass die Darlegungen im stadträtlichen Antrag offenbar ungenügend und nicht explizit genug nachvollziehbar sind, bedauert Stadtrat Fürst. Die Stadt hat es unterlassen, ein Gegengutachten einzuholen und entschied sich dafür, die Grundlagen in Eigenregie erneut kritisch zu durchleuchten.

Insbesondere gibt Stadtrat Fürst zu bedenken, dass die Beheizungsvarianten mit Pellets oder Öl auch höhere Folgeaufwände generieren (Öllieferung, Pellet-Lagerung, usw.). Bei einem Fernwärmeanschluss fallen keine zusätzlichen bzw. laufenden Materialkosten und dergleichen an.

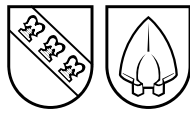
Würde sich die Holzpellet betriebene Heizung tatsächlich als die günstigere Variante erweisen, so hätten sich die umliegenden Liegenschaftsbesitzer nicht dem Fernwärmeverbund angeschlossen. Sie profitieren vom Umstand, dass sie weder Kosten für Kaminfegerarbeiten einsetzen noch Rückstellungen für weitere Unterhaltsarbeiten bilden müssen.

Stadtrat Fürst zeigt auf, welche Folgen eine Rückweisung nun nach sich ziehen würde. Eine unausweichliche Konsequenz fände in einem aufwändigen, teuren Gutachten Niederschlag, welches alternativ mitunter die bereits erfolgten Erhebungen erneut detailliert untersucht und die Studien nochmals aufrollt. Dass dieses Gutachten zum selben Schluss käme, wäre dabei aber explizit nicht auszuschliessen. Stadtrat Reinhard Fürst betont dezidiert, dass dieser Fall mit grösstmöglicher Wahrscheinlichkeit eintreten wird.

Reinhard Fürst bittet den Rat um einen Entscheid, der zukunftssträchtige und zeitnahe Lösung bietet und die ganze Sache nicht zeit- und kostenintensiv in die Länge zieht.

Das stadträtliche Votum verlangt im Rat nach Repliken. Die Ratspräsidentin gibt der weiteren Diskussion statt.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, dankt Stadtrat Fürst für dessen Ausführungen, in denen er unter anderem erwähnt hat, als Folge einer möglichen Rückweisung ein weiteres externes Fachgutachten einzuholen. Gemeinderat Käppeli ersucht den Stadtrat, auf die Einholung eines eben solchen zu verzichten. Vielmehr möge der Stadtrat jene drei Varianten prüfen, die im Abschied der Rechnungsprüfungskommission schriftlich als Rückweisungsantrag formuliert sind.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

Gemeinderat Daniel Hari, EVP, äussert sich weitgehend dahin, dass ihm sowohl Antrag als auch Abschied der Rechnungsprüfungskommission nicht gefallen. Insbesondere die an den Tag gelegte Einstimmigkeit der vorberatenden Kommission stimme ihn nachdenklich. Womöglich sei der stadträtliche Weisungstext nicht besonders gut gelungen und hätte auf Einzelheiten wohl detaillierter eingehen müssen. Dennoch kann Gemeinderat Hari die Lage des Stadtrates gut nachvollziehen. Obschon die mächtige Rechnungsprüfungskommission den stadträtlichen Antrag zur Rückweisung empfiehlt, werde sich Hari an diesem Vorhaben nicht beteiligen.

Gemeinderat Stefan Eichenberger, JLIE/FDP, taxiert die stadträtliche Vorlage als finanzpolitisch ungenügenden Antrag und möchte dem Grossen Gemeinderat im Rahmen einer Übersicht aufzeigen, welch' Zahlensalat dem Parlament bereits präsentiert wurde. Die visuell projizierte Zusammenstellung findet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

Quintessenz bildet die Tatsache, dass zu verschiedenen Zeitpunkten zur gleichen Sache unterschiedliche Kosten ausgewiesen wurden. Eichenberger kann einer gewissen Ironie nicht entbehren, und fragt rhetorisch in an die Adresse der Exekutive, ob man sich mit längerem Zuwarten erhoffe, dass die ganze Sache noch etwas günstiger werde.

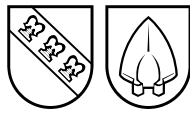
Stadtrat Fürst habe es verpasst, die offensichtlichen Differenzen zwischen den eingeholten Gutachten, Berichten und den Darlegungen in den stadträtlichen Weisungen zu erläutern bzw. zu ergänzen. Weder die zur Verfügung stehenden Geschäftsunterlagen noch die Antragsschrift als solche vermögen Antworten auf diese Fragen zu liefern. Am Ende des Tages sei man nicht gescheiter als vorher und das abgegebene Votum des Stadtrates komme nicht über den Status von Behauptungen hinaus.

Gemeinderat Eichenberger kann dem Stadtrat nicht blind vertrauen – dafür sei man aber auch nicht Mitglied der Rechnungsprüfungskommission.

Der Stadtrat habe die im Raum stehenden Zweifel nicht beseitigen können und lege weitere unauflösbare Widersprüche an den Tag.

Zudem trage gerade auch die sich laufend ändernde Einschätzung zur Dringlichkeit der Dachsanierung nicht gerade zu einem vertrauensbildenden Verhältnis bei. Aktuell sei eine sanfte Nachdämmung nur dann möglich, wenn in Wahrung heimatschutzrechtlicher Auflagen die Materialisierung erneut mit Biberschwanzziegel erfolge. Der Heimatschutz entwickle sich ohnehin zu einem neuen Lieblingsthema der Stadt. Der Stadtrat möge sich auf Wesentliches konzentrieren und nicht auch noch jedes WC-Häuschen (so geschehen beim Bahnhof Illnau) unter Schutz stellen.

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, in Anknüpfung an die gefallenen Voten, erinnert daran, dass die anstehenden Arbeiten keinen weiteren Aufschub dulden. Insbesondere Heizung und Lüftung werden wohl demnächst an ihr Lebensende gelangen und demnach – auch wenn man es sich nicht erhoffe – früher oder später ausfallen, ohne dass man in der weiteren Planung einen Schritt weiter wäre. Dann sind gute Alternativen bzw. Sofortmassnahmen gefragt. Es bestehe keine Wahl zwischen Nichtunternehmen oder weiterem Zuwarten.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

Die in der heutigen Debatte erläuterten Säulendiagramme basieren auf den Zahlen der stadträtlichen Antragschrift – und nicht auf irgendwelchen neuen Fakten. Der Stadtrat hütet sich, hier noch weitere neue Zahlen ins Spiel zu bringen.

Stadtrat Fürst ist überzeugt, dass die durch sein Ressort angestellten Berechnungen korrekt sind, auch wenn sie unglücklicherweise im Vergleich zu früheren Darlegungen oder Zwischenstadien nun im Widerspruch stehen.

Weiter betont Reinhard Fürst, dass der Stadtrat auf der Einholung eines externen Fachgutachtens insistiere und dieses einholen wird, auch wenn sich der Grosse Gemeinderat damit nicht einverstanden erklären kann. Denn würde die Stadt nochmals ein eigenes Rechnungsmodell erarbeiten, und womöglich nochmals zum selben Schluss gelangen, wonach die jetzt vorgeschlagene Variante nach wie vor die favorabelste ist, wird die Rechnungsprüfungskommission weiterhin Vorbehalte hegen, die Befangenheit des Stadtrates kritisieren und das in Eigenregie erarbeitete Argumentarium hinterfragen. Und bereits heute stehe wohl fest, dass die momentane Empfehlung für die Favorisierung des Fernwärmeanschlusses auch durch ein externes Gutachten bestätigt werden wird. Die Faktenlage sei eindeutig, das könne man drehen und wenden wie man will.

Der Stadtrat geht vertrauensvoll mit Steuergeldern um. Aber die Erkenntnis des Sparens sei bekanntlich keine neue. Der Stadtrat bemühe sich, dieser Pflicht nachzukommen - mit Weitsicht und Langfristigkeit.

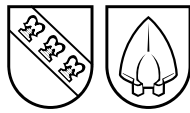
Zur Thematik der Bindung zwischen Liegenschaft und Stadt habe man in der Vergangenheit mehrfach diskutiert. Dabei sei man nach intensiven Beurteilungen immer wieder zum gleichen Schluss gelangt, wonach sich Saalbetrieb und Restaurant nur schwer trennen lassen. Der Stadtrat steht nach wie vor hinter dem gegenwärtigen Konzept. Im Übrigen sei der Grosse Gemeinderat den stadträtlichen Anträgen, die in Verbindung mit Unterhalt, Betrieb und Investitionen der Liegenschaft „Rössli“ stehen, im Rahmen der Festsetzung des Voranschlages, jeweils gefolgt.

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, möchte die Diskussion nicht unnötig verlängern; dennoch wolle er sich aber noch zur Energieeffizienz äussern und richtet sich dabei insbesondere an seine Kollegen und Kolleginnen der linken Ratshälfte.

Gegen die EKZ wurden jetzt Vorwürfe erhoben, wonach sie nur eine Leistung von 150 kW statt 200 kW zur Verfügung stellen können. Vergessen geht aber, dass 50 kW unnötigerweise in die Luft verpuffen, wenn das entsprechende Angebot nicht genutzt werden kann. Die EKZ können auch nur Produkte entwickeln, für welche eine entsprechende Nachfrage besteht.

Auch die nun hochgepriesene Pelletheizung produziert „schwarze“ Luft. Das dürfe nicht vergessen gegangen werden und sei ebenfalls zu bedenken.

Die Voten haben sich erschöpft. Weiterer Diskussionsbedarf ergibt sich keiner. Die Präsidentin schreitet zur Abstimmung. Da ein Rückweisungsantrag im Raum steht, wird zuerst über diesen abgestimmt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

ABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- bezugnehmend auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission,
formuliert in deren Abschied vom 20. Oktober 2014 –

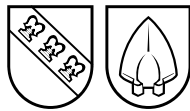
BESCHLIESST:

1. Der stadträtliche Antrag vom 10. Juli 2014,
wonach der Grosse Gemeinderat ersucht wird, einen Kredit von Fr. 1'050'000.- (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, für die Erneuerung der Heizung (Variante Fernwärme) und Lüftung im Gasthof Rössli, Illnau, zu sprechen,
wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Mit der Rückweisung werden folgende Aufträge verbunden:
 - 2.1 Für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaft, Gasthof Rössli, Illnau, bezüglich Heizung und Lüftung sind dem Grossen Gemeinderat drei Varianten gegenüberstellend vorzulegen:
 1. Fernwärmeanschluss plus Lüftungserneuerung
 2. Holzpellettheizung plus Lüftungssanierung
(Annahme: unter anderem bleiben vorhandene Lüftungskanäle bestehen)
 3. Holzpellettheizung plus Lüftungserneuerung
 - 2.2. Bei allen drei Varianten sind
 - a. die Kosten stabil und widerspruchsfrei auszuweisen, und
 - b. die Schnittstellen zu einer allfälligen Dachsanierung aufzuzeigen, insbesondere bezüglich zeitlicher, technischer und finanzieller Abhängigkeiten.

Bei der Überarbeitung der Vorlage empfiehlt der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat, dass er bei der Variante Fernwärmeanschluss zum Vertragsentwurf vom 7. Oktober 2013 Nachverhandlungen mit den EKZ als potenzielle Contracting-Partnerin führt.
3. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Rechnungsprüfungskommission
 - b. Stadtrat
 - c. Abteilung Hochbau
 - d. Abteilung Präsidiales, dreifach

Obgenannter Beschluss kam mit einem Stimmenverhältnis von 25:8 Stimme zu Stände.

Mit dem vorgenommenen Rückweisungsbeschluss wird eine Abstimmung über den ursprünglichen stadträtlichen Antrag obsolet. Das Geschäft entfällt im Übrigen einstweilen der Pendenzenliste, bis der Stadtrat dem Grossen Gemeinderat allenfalls eine neue Vorlage unterbreitet.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

3. **GESCHÄFT-NR. 013/14** **Interpellation Thomas Hildebrand, FDP, betreffend** **ehrenvolle Entlassung der Wehrpflichtigen – Begründung**

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, reicht mit Schreiben vom 29. September 2014 folgenden Vorstoss ein:

Ausgangslage

Jedes Jahr im Herbst werden die Wehrpflichtigen, die ihre Dienstpflicht erfüllt haben, aus dem Militärdienst entlassen. In diesem Jahr wurde die Entlassung, gestaffelt nach Bezirken, in der Kaserne Reppischtal in Birmensdorf durchgeführt. Am 19. September 2014 fand jene des Bezirks Pfäffikon statt.

Nach Abgabe des militärischen Materials erfolgte um 12.00 Uhr eine kurze Ansprache durch das Militär und den Regierungsrat, bevor die Wehrpflichtigen entlassen wurden.

Anschliessend offerierte das Militär einen Steh-Lunch. An diesem nahmen auch Vertreter der Kantons- und Gemeindebehörden teil. Für Illnau-Effretikon war Stadtrat Reinhard Fürst (Stv. für Salome Wyss) und Stefan Eichenberger (1. Vizepräsident Gemeinderat / Stv. für Brigitte Rösli) anwesend.

Im Gegensatz zu anderen Gemeinden aus dem Kanton Zürich, einschliesslich Gemeinden des Bezirkes Pfäffikon, hat die Stadt Illnau-Effretikon wie auch in früheren Jahren keinen persönlichen Dank an die entlassenen Wehrpflichtigen ausgesprochen.

Fragen an den Stadtrat

In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist der Stadtrat bereit, zukünftig die entlassenen Wehrpflichtigen mit einem persönlichen Dank zu verabschieden?
2. Wie steht der Stadtrat der Idee eines persönlichen Briefes oder einem kleinem Präsent (z.B. Gutschein des Gewerbevereins oder Flasche Wein der Partnergemeinde Mont-sur-Rolle) gegenüber?

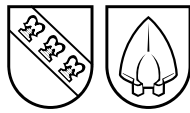
Urheber: Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP

Mitunterzeichnende: keine

Eingang Ratsbüro: 2. Oktober 2014

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

DISKUSSION IM RAT

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, begründet die Einreichung seines Vorstosses anhand des zu Grunde liegenden Interpellationstextes.

Darüber hinaus ortet Gemeinderat Hildebrand Potenzial, sich mit einem Brief bei den Entlassenen für ihren geleisteten Dienst zu bedanken und so ein Zeichen der Wertschätzung auszusprechen. Diese Gelegenheit könnte auch genutzt werden, um weitere Angebote zum Engagement im Rahmen der Freiwilligenarbeit zu bewerben (z.B. Feuerwehr usw.). Der Dank sei im Übrigen nicht nur lediglich auf Militärdienstpflichtige, sondern auch solche Personen auszudehnen, die Ersatz- bzw. Zivildienst geleistet haben.

Die dezidierten Fragen können dem Wortlaut der Interpellation entnommen werden.

Die Ratspräsidentin fragt den Stadtrat an, ob er gedenke, sofort mündlich oder zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich zu antworten.

Namens des Stadtrates gibt *Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit*, bekannt, dass der Stadtrat sogleich eine mündliche Antwort folgen lässt. Salome Wyss schreitet ans Rednerpult.

In früheren Jahren – noch bevor Salome Wyss Einsitz im Stadtrat nahm – organisierte die Stadt zum Zeichen des Dankes einen Verabschiedungsanlass inklusive Nachtessen. Wie überliefert ist, war das Interesse daran aber von Mal zu Mal geringer, dafür liessen es die Teilnehmenden aber derart krachen, dass diese Anlässe oft in Gelage ausarteten.

An den Verabschiedungsfeierlichkeiten selbst bot sich bis vor Kurzem noch keine Möglichkeit, unter dem Kollektiv der abtretenden Wehrmänner jene Dienstpflichtigen auszumachen, die in der Stadt Illnau-Effretikon wohnhaft sind.

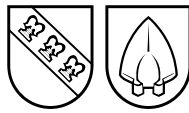
Mit einer Neuorganisation, die nun die Bildung von sogenannten Gemeindetischen vorsieht, wird dies einfacher fallen.

Der Stadtrat ist selbstverständlich bereit, eine Form der Wertschätzung auszusprechen. Angesichts der Finanzlage (der Stadtrat könne nicht ein Sparpaket beschliessen und gleichzeitig an einer anderen Stelle das Geld mit beiden Händen ausgeben) muss aber klar sein, dass sich dieser Dank materiell auf bescheidenem Niveau bewegen und im Rahmen eines kleinen, symbolischen Präsentes ausfallen wird. Erschwerend kommt hinzu, dass die Zahl zwischen 50 (bei geburtsschwachen) und 300 (bei geburtsstarken Jahrgängen) variieren kann, was in der Folge finanziell extreme Divergenzen generieren kann.

Nichtsdestotrotz wird der Stadtrat ein passendes Präsent finden, welches ausserhalb des Voranschlages und im Rahmen des Sparpaketes ausgerichtet wird. Als Grössenordnung gibt Salome Wyss einen einstelligen, niedrigen Betrag im Tausenderbereich an. Mit ironischem Unterton gibt sie zudem zu verstehen, wonach findige Gemeinderäte bereits jetzt ihre diesbezüglichen Fragen notieren können.

Dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, auch solche Personen zu würdigen, die Zivilschutz bzw. Zivildienst leisten. Für sie wird vom kantonalen Amt für Militär keine offizielle Entlassungsfeier organisiert; dennoch sind auch sie in den Dank einzuschliessen.

Salome Wyss hofft, dass dem Anliegen des Interpellanten in dieser Weise entsprochen wird.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

In Anwendung von Art. 77 Abs. 5 GeschO GGR fragt die *Ratspräsidentin* das Plenum an, ob die Diskussion gewünscht wird, was in der darauffolgenden Abstimmung mit grossem Mehr befürwortet wird.

Gemeinderat Matthias Müller, CVP, wünscht – wenn er durch seine berufliche Tätigkeit als Leiter des Zivildienst-Regionalzentrums Rüti auch etwas befangen sein mag – eine kurze Aufklärung im staatspolitischen Unterricht zu betreiben. Die Wehrpflicht ergibt sich aus Art. 59 der Bundesverfassung. Das Ausführungsgesetz sieht aber einen Ersatzdienst für solche Personen vor, die der Militärflicht aus wichtigen Gründen (Unvereinbarkeit mit Gewissen usw.) nicht nachkommen können. Sie erbringen im Rahmen ihrer Einsätze vielfältige Dienstleistungen zu Gunsten der Allgemein- und Öffentlichkeit und leisten Beiträge, die dem Umwelt- und Naturschutz zu Gute kommen.

Gemeinderat Müller koordiniert im Rahmen seiner Tätigkeit diese Dienste und zeichnet dafür verantwortlich, dass die Ersatzpflicht durch die Betroffenen wahrgenommen wird. Seine Amtsstelle selbst dankt den abtretenden Pflichtigen mit einem Schreiben, welches er mit seinem bescheidenen Beitrag - und als Zeichen besonderer persönlicher Wertschätzung - gar eigenhändig unterzeichnet.

Matthias Müller würde sich freuen, wenn auch die Zivildienst leistenden Personen von der Stadt Illnau-Effretikon einen entsprechenden Dank ausgerichtet bekämen.

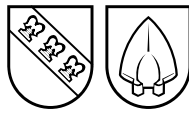
Das Wort wird nach entsprechender Rückfrage der *Präsidentin* durch das Plenum nicht weiter begehrt.

Im Rahmen der ihm laut Art. 77 Abs. 4 GeschO GGR als Interpellant zustehenden Schlusserklärung dankt *Gemeinderat Hildebrand* für die stadträtlichen Ausführungen und nimmt diese im positiven Sinne zur Kenntnis.

Wie Art. 77 unter Abs. 5 der gemeinderätlichen Geschäftsordnung vorsieht, ist für Interpellationen jegliche weitere Diskussion oder eine Beschlussfassung ausgeschlossen. Das Geschäft ist somit erledigt und entfällt demnach der Pendenzenliste.

Mitteilung durch Protokollauszug an:

- Abteilung Sicherheit
- Ratssekretariat (Geschäftsakten).



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

4. GESCHÄFT-NR. 014/14

Interpellation René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) – Begründung

Gemeinderat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 25. September 2014 folgenden Vorstoss ein:

In den Medien wird zur Zeit wiederholt auf Missstände im Zusammenhang mit der Vergabe von Betreuungsaufgaben seitens der Kinder- und Erwachsenenschutzbehörde (KESB) aufmerksam gemacht. Im Besonderen werden die massiven Kosten im Zusammenhang mit diesen Betreuungsaufgaben kritisiert. (Es wird von einem Stundenansatz von bis zu Fr. 180.- pro Stunde/Betreuer gesprochen).

Obwohl die Gemeinden über kein Mitspracherecht verfügen, sind Sie zur Kostenübernahme verpflichtet. In diesem Zusammenhang möchten wir in Bezug auf die Stadt Illnau-Effretikon folgende Fragen stellen:

1. Wieviele Fälle werden durch die KESB Pfäffikon für Illnau-Effretikon betreut?
2. Welche Kriterien müssen erfüllt sein damit die KESB der Gemeinde einen Fall "entzieht"?
3. Wie hoch ist in diesen Fällen der durchschnittliche Stundenansatz der externen Betreuer?
4. Wie hoch sind die durchschnittlichen Kosten pro Fall und Jahr?
5. Welche Massnahmen kann und will der Stadtrat ergreifen um die Kostenentwicklung einzudämmen?

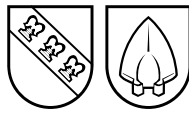
Urheber: Gemeinderat René Truninger, SVP

Mitunterzeichnende: Gemeinderat Roger Miauton, SVP
Gemeinderat Herbert Kempf, SVP
Gemeinderat Ueli Kuhn, SVP
Gemeinderat Daniel Huber, SVP
Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP
Gemeinderat Peter Wolgensinger, SVP
Gemeinderat André Buecheler, SVP
Gemeinderätin Marianne Baracchi-Meier, SVP
Gemeinderat Paul Rohner, SVP
Gemeinderat Heinrich von Bassewitz, SVP

Eingang Ratsbüro: 2. Oktober 2014

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

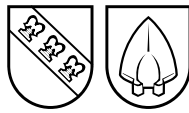
DISKUSSION IM RAT

Gemeinderat René Truninger, SVP, begründet die Einreichung der vorliegenden Interpellation. Dabei hält er sich vorwiegend an den zu Grunde liegenden Text des Vorstosses.

Die Ratspräsidentin fragt den Stadtrat an, ob er den Vorstoss gleich mündlich oder sodann zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich zu beantworten gedenkt.

Stadtrat Samuel Wüst, SP, gibt namens des Ressorts Soziales bekannt, dass der Stadtrat eine schriftliche Antwort folgen lassen wird.

Die Antwort ist dem Grossen Gemeinderat laut Art. 77 Abs. 2, GeschO GGR binnen dreier Monate zu unterbreiten. Vorerst ist das Traktandum zu diesem Zeitpunkt erledigt.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

5. GESCHÄFT-NR. 015/14

Interpellation Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende, betreffend faire Besoldung der Feuerwehr – Begründung

Gemeinderat Urs Gut, GP, und Mitunterzeichnende, reichen mit Schreiben vom 30. September 2014 folgenden Vorstoss ein:

Die Feuerwehr leistet wertvolle Dienste in der Gemeinde und ist allzeit bereit, bei verschiedensten Ereignissen Hilfe zu leisten. Die Bereitschaft jederzeit zur Verfügung zu stehen wird sehr geschätzt und sollte auch entsprechend entschädigt werden.

Durch eine faire und zeitgemässe Besoldung sollen die Angehörigen der Feuerwehr sowohl Anerkennung für ihre Leistung erhalten, als auch motiviert werden, weiterhin ihren Dienst für das Gemeinwohl zu leisten. Allfällige Nachwuchsprobleme werden damit verringert. Im letzten Berichtsjahr wurden die Aufwendungen für die Einsätze mit rund Fr. 420'000.- besoldet.

Die Unterzeichnenden bitten den Stadtrat um Stellungnahme und Beantwortung folgender Fragen:

- Ist diese Besoldung zeitgemäss bzw. vergleichbar mit den umliegenden Gemeinden?
- Entspricht die Besoldung allfälligen kantonalen Richtlinien?
- Werden Mitarbeiter der Stadt doppelt besoldet? Will heissen, erhalten städtische Mitarbeiter bei Einsätzen während der regulären Arbeitszeit den Sold wie auch die Arbeitszeit vergütet?

Wenn ja:

- Welchen Grund gibt es für diese ungleiche Entschädigungspolitik?
- Ist die Stadt bereit diese Bevorzugung von städtischen Mitarbeitern zu korrigieren?
- Welche Lohnsumme, beziehungsweise welchen Sold, könnte bei einer fairen Vergütung durchschnittlich pro Jahr eingespart werden?

Wenn nein:

- Wie wird die Zeitkontrolle realisiert, beziehungsweise gibt es Optimierungspotenzial zur Vereinfachung der Abrechnung?

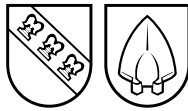
Urheber: Gemeinderat Urs Gut, GP

Mitunterzeichnende: Gemeinderätin Ursula Bornhauser, GLP
Gemeinderat Hans Zimmermann, GP
Gemeinderat Andreas Hasler, GLP
Gemeinderat Daniel Hari, EVP

Eingang Ratsbüro: 20. Oktober 2014

FORMELLES

Der Vorstoss wurde von der Urheberschaft als Interpellation taxiert. Eine Überprüfung des Ratsbüros ergab, dass der Vorstoss die einschlägigen Vorschriften, wie sie an Interpellationen gemäss Art. 75 ff der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates GeschO GGR gestellt werden, einzuhalten vermag.



PROTOKOLL

Sitzung vom 6. November 2014

DISKUSSION IM RAT

Gemeinderat Urs Gut, GP, begründet die Einreichung der vorliegenden Interpellation. Dabei hält er sich vorwiegend an den zu Grunde liegenden Text des Vorstosses.

Die Ratspräsidentin fragt den Stadtrat an, ob er gedenke, den Vorstoss gleich mündlich oder sodann zu einem späteren Zeitpunkt schriftlich zu beantworten.

Stadträtin Salome Wyss, SP, gibt namens des Ressorts Sicherheit bekannt, dass der Stadtrat eine schriftliche Antwort folgen lassen wird.

Die Antwort ist dem Grossen Gemeinderat laut Art. 77 Abs. 2, GeschO GGR binnen dreier Monate zu unterbreiten. Vorerst ist das Traktandum zu diesem Zeitpunkt erledigt.

Ende der Sitzung: 20:20 Uhr

Für richtiges Protokoll



Marco Steiner
Ratssekretär

UNTERSCHRIFTEN

Präsidium



Brigitte Rösli
Ratspräsidentin

Stimmzähler



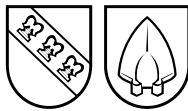
Hans Zimmermann
Stimmzähler



Markus Hürzeler
Stimmzähler



Paul Rohner
Stimmzähler



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
Sitzung vom 6. November 2014

Gesch. Nr. 005/14

28.03.23. - Liegenschaften, Grundstück; Geschäftshäuser

Energetische Sanierung und Erneuerung der Heizung und Lüftung beim Gasthof Rössli, Illnau / Antrag des Stadtrates zur Projekt- bzw. Kreditgenehmigung; Rückweisung

DER GROSSE GEMEINDERAT

- bezugnehmend auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission,
formuliert in deren Abschied vom 20. Oktober 2014 -

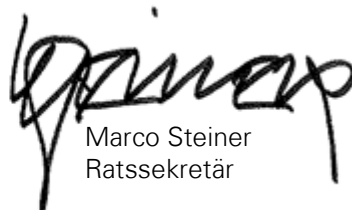
BESCHLIESST:

1. Der stadträtliche Antrag vom 10. Juli 2014,
wonach der Grosse Gemeinderat ersucht wird, einen Kredit von Fr. 1'050'000.- (inkl. MwSt.) zulasten der Investitionsrechnung, für die Erneuerung der Heizung (Variante Fernwärme) und Lüftung im Gasthof Rössli, Illnau, zu sprechen,
wird an den Stadtrat zurückgewiesen.
2. Mit der Rückweisung werden folgende Aufträge verbunden:
 - 2.1 Für die energetische Sanierung der städtischen Liegenschaft, Gasthof Rössli, Illnau, bezüglich Heizung und Lüftung sind dem Grossen Gemeinderat drei Varianten gegenüberstellend vorzulegen:
 1. Fernwärmeanschluss plus Lüftungserneuerung
 2. Holzpellettheizung plus Lüftungssanierung
(Annahme: unter anderem bleiben vorhandene Lüftungskanäle bestehen)
 3. Holzpellettheizung plus Lüftungserneuerung
 - 2.2. Bei allen drei Varianten sind
 - a. die Kosten stabil und widerspruchsfrei auszuweisen, und
 - b. die Schnittstellen zu einer allfälligen Dachsanierung aufzuzeigen, insbesondere bezüglich zeitlicher, technischer und finanzieller Abhängigkeiten.
 - 2.3 Bei der Überarbeitung der Vorlage empfiehlt der Grosse Gemeinderat dem Stadtrat, dass er bei der Variante Fernwärmeanschluss zum Vertragsentwurf vom 7. Oktober 2013 Nachverhandlungen mit den EKZ als potenzielle Contracting-Partnerin führt.
3. Gegen diesen Beschluss ist das fakultative Referendum ausgeschlossen.
4. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Rechnungsprüfungskommission
 - b. Stadtrat
 - b. Abteilung Hochbau
 - c. Abteilung Präsidiales, dreifach.

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Brigitte Rössli
Ratspräsidentin

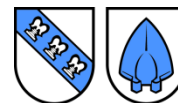


Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 07.11.2014
ms/nf

Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung



Stadt Illnau-Effretikon

Projektions-Präsentation zu

Traktandum 4

Geschäft-Nr. 012/14

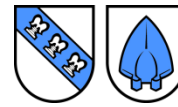
Votum Stadtrat Reinhard Fürst, Ressort

Hochbau, SVP



GGR Sitzung 6. November 2014

Blatt: 1

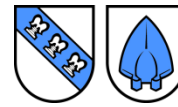


Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

Ausgangslage:

- Gutachten vom 22. Mai 2012, Technischer Bericht vom 3. Februar 2014



Geschäft 05 / 2014

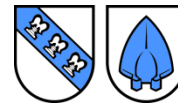
Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

Ausgangslage:

- Gutachten vom 22. Mai 2012, Technischer Bericht vom 3. Februar 2014

Heizung:

- 20-jährig; ist in der Endphase seiner Lebensdauer angelangt; wurde notdürftig repariert (Kessel geschweisst), **Risiko Ausstieg**



Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

Ausgangslage:

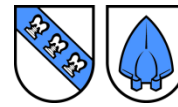
- Gutachten vom 22. Mai 2012, Technischer Bericht vom 3. Februar 2014

Heizung:

- 20-jährig; ist in der Endphase seiner Lebensdauer angelangt; wurde notdürftig repariert (Kessel geschweisst), **Risiko Ausstieg**

Lüftung grosser und kleiner Saal

- 33-jährig; ist in der Endphase ihrer Lebensdauer angelangt.
- **Luftmenge aktuell 7'200m³/h, gefordert sind 16'000m³/h**; entspricht nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften; Lufttemperatur im Saal kann nicht genügend effizient geregelt werden.



Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

Ausgangslage:

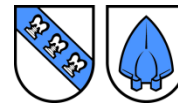
- Gutachten vom 22. Mai 2012, Technischer Bericht vom 3. Februar 2014

Heizung:

- 20-jährig; ist in der Endphase seiner Lebensdauer angelangt; wurde notdürftig repariert (Kessel geschweisst), **Risiko Ausstieg**

Lüftung grosser und kleiner Saal

- 33-jährig; ist in der Endphase ihrer Lebensdauer angelangt.
- **Luftmenge aktuell 7'200m³/h, gefordert sind 16'000m³/h**; entspricht nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften; Lufttemperatur im Saal kann nicht genügend effizient geregelt werden.
- Nachrüsten mit Wärmerückgewinnung würde **Luftdurchlass zusätzlich reduzieren**. Stärkere Lüftungsmotoren bei bestehender Lüftungs-Infrastruktur führten zu **Strömungs-/ Wind-/ Pfeiffgeräuschen** (sofern Kanalführungen und Querschnitte die geforderte Luftmenge überhaupt ermöglichen).



Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

Ausgangslage:

- Gutachten vom 22. Mai 2012, Technischer Bericht vom 3. Februar 2014

Heizung:

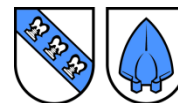
- 20-jährig; ist in der Endphase seiner Lebensdauer angelangt; wurde notdürftig repariert (Kessel geschweisst), **Risiko Ausstieg**

Lüftung grosser und kleiner Saal

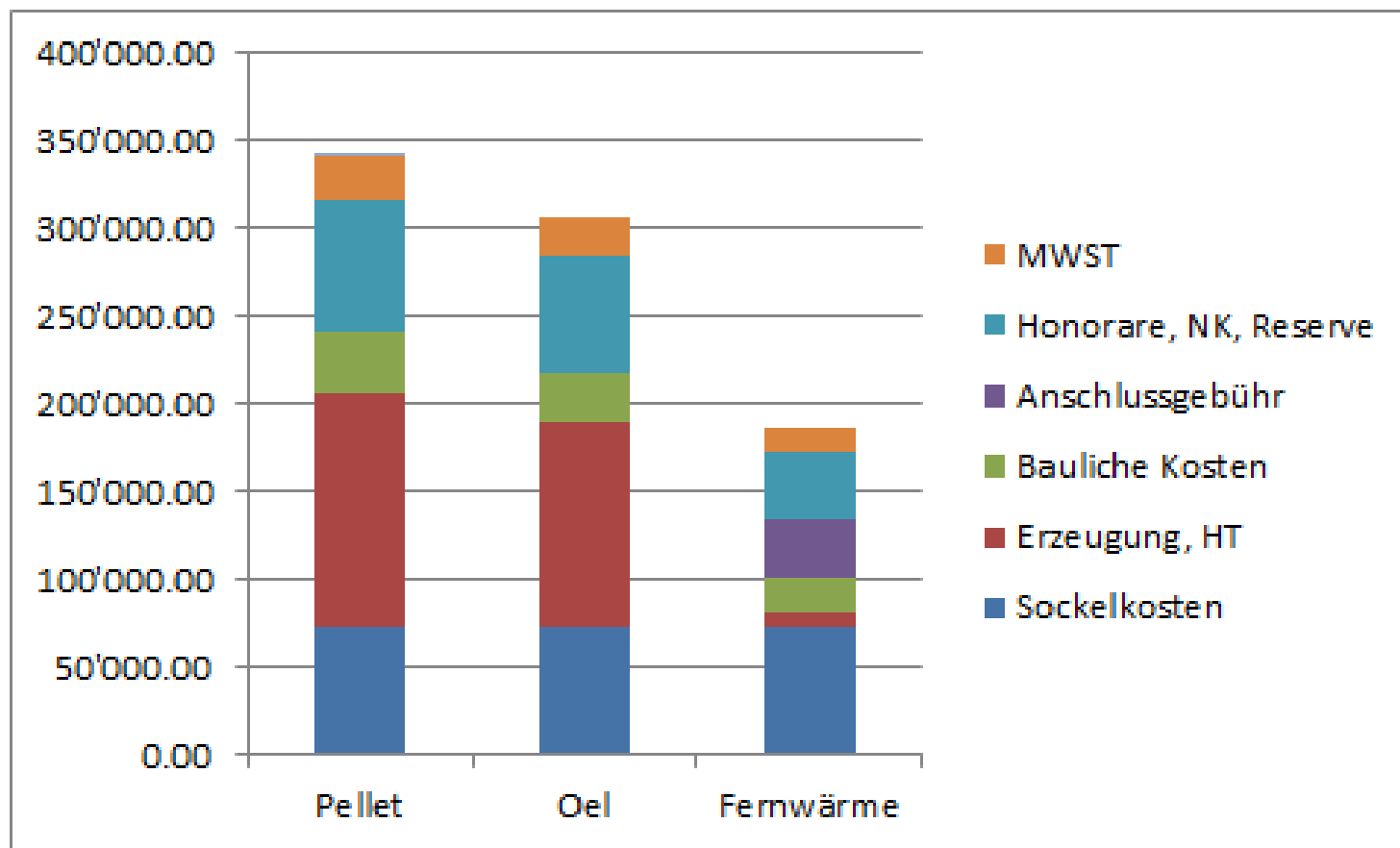
- 33-jährig; ist in der Endphase ihrer Lebensdauer angelangt.
- **Luftmenge aktuell 7'200m³/h, gefordert sind 16'000m³/h**; entspricht nicht mehr den aktuell gültigen Vorschriften; Lufttemperatur im Saal kann nicht genügend effizient geregelt werden.
- Nachrüsten mit Wärmerückgewinnung würde **Luftdurchlass zusätzlich reduzieren**. Stärkere Lüftungsmotoren bei bestehender Lüftungs-Infrastruktur führten zu **Strömungs-/ Wind-/ Pfeiffgeräuschen** (sofern Kanalführungen und Querschnitte die geforderte Luftmenge überhaupt ermöglichen).

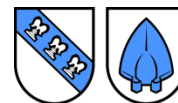
Dach

- Bestehende **Wärmeisolation ist nicht so schlecht** wie ursprünglich angenommen; Revision drängt sich nicht unmittelbar auf.

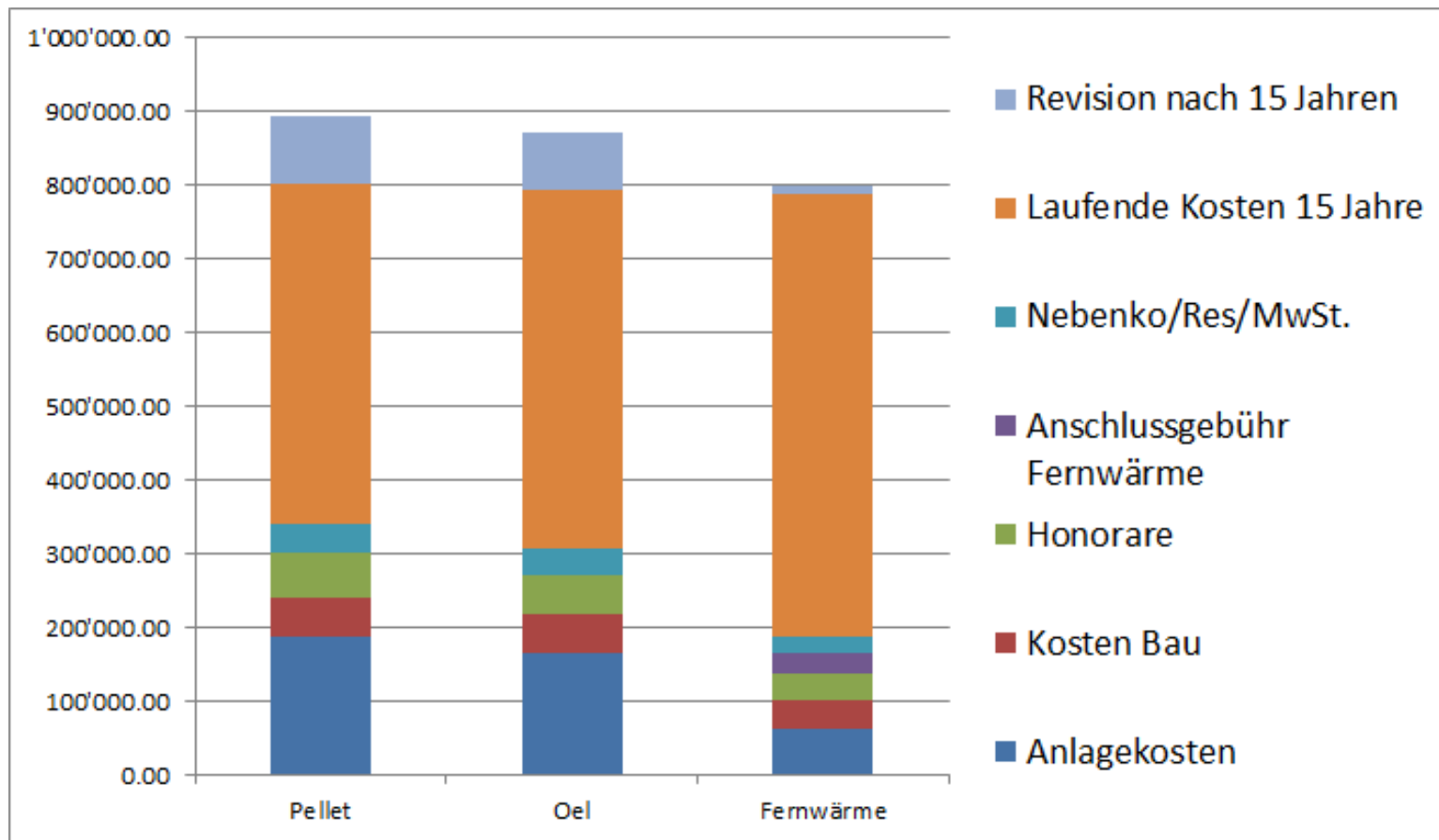


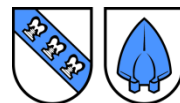
Kostenvergleich Investitionen:



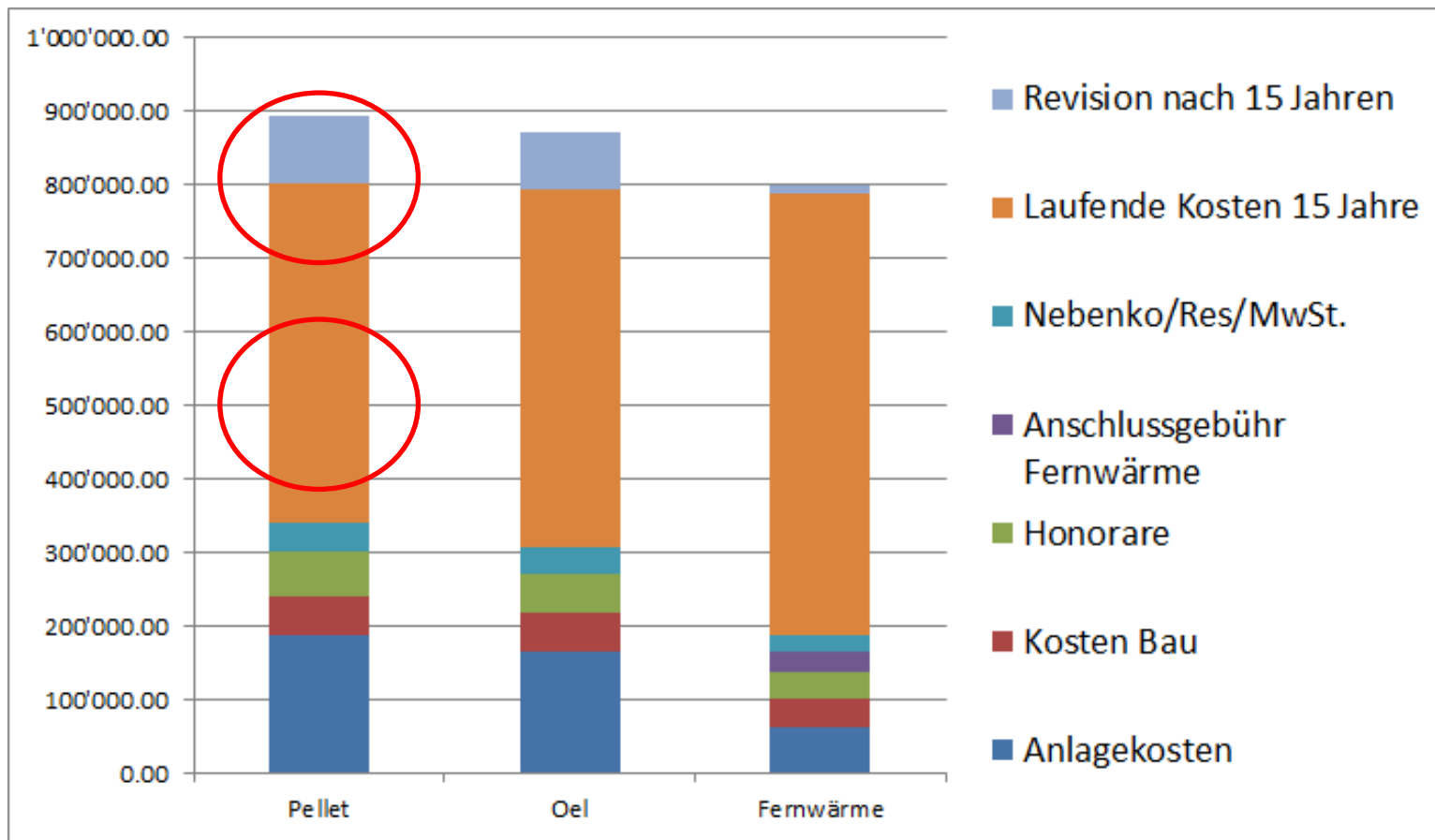


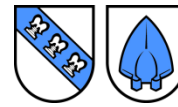
Kostenvergleich Investitionen und Betrieb 15 Jahre:





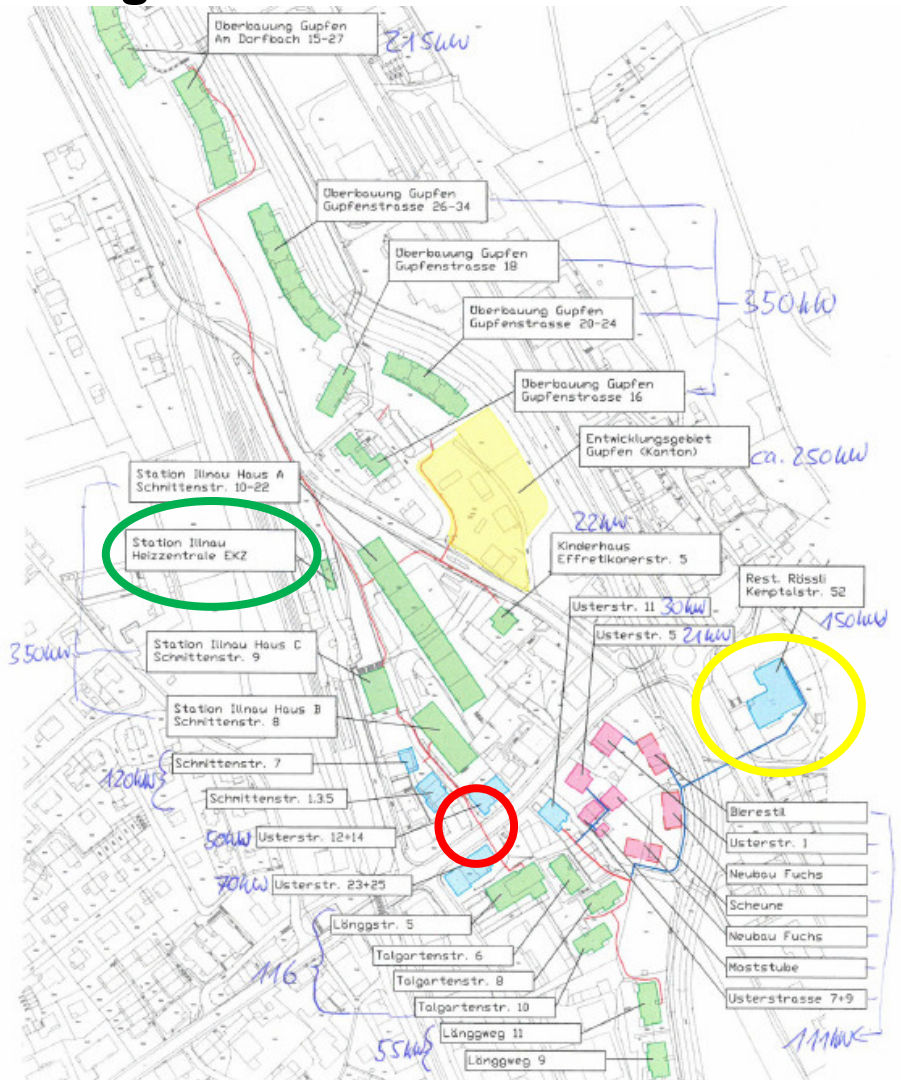
Kostenvergleich Investitionen und Betrieb 15 Jahre:



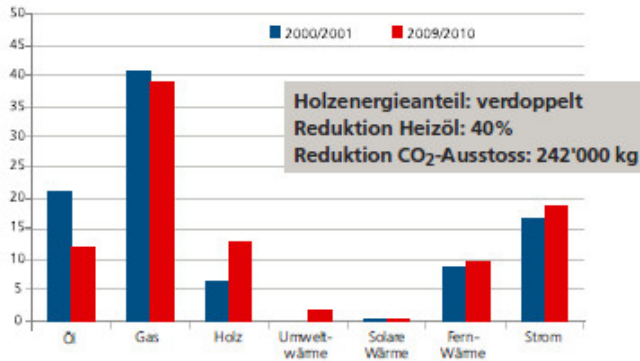


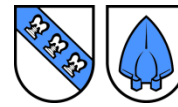
Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung



STÄDTISCHE LIEGENSCHAFTEN: ENERGIETRÄGERVERGLEICH



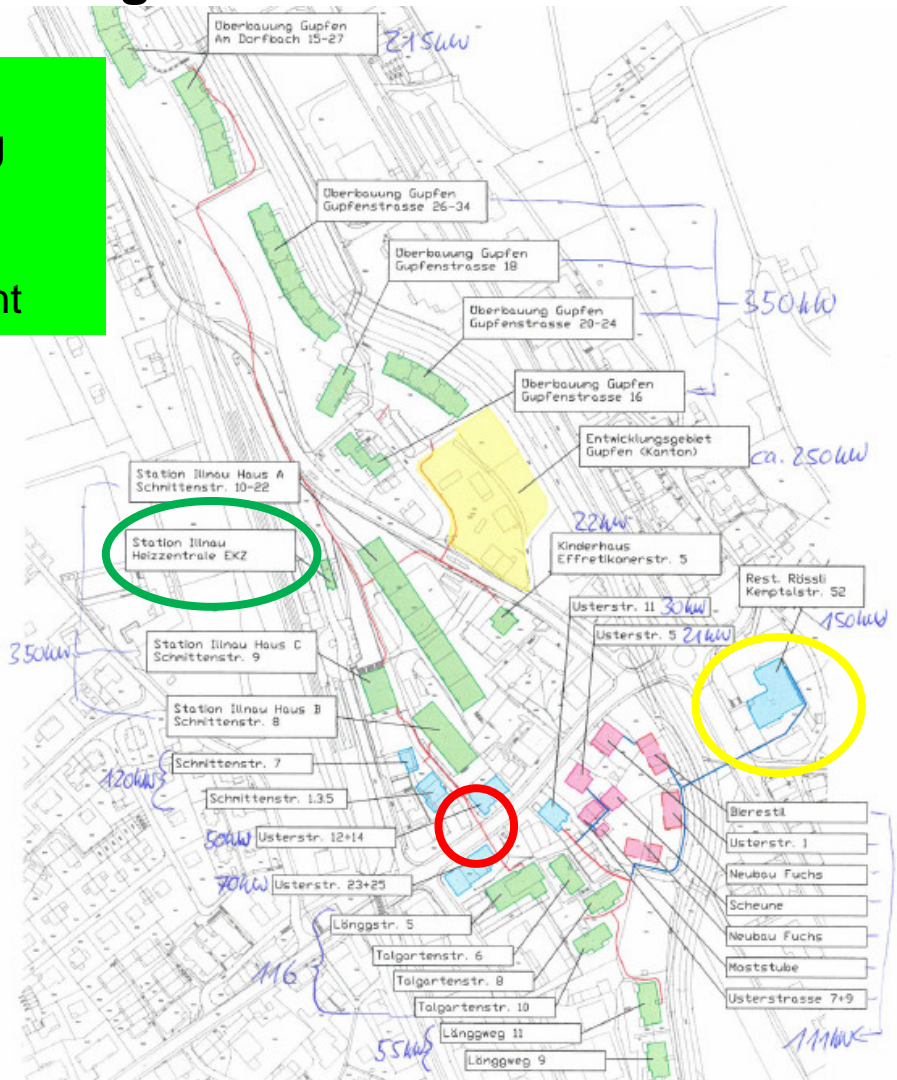


Geschäft 05 / 2014

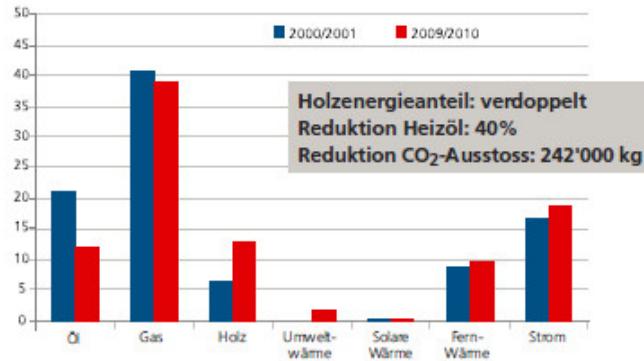
Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung



Wäre Holzpellet wirklich langfristig günstiger – wenigstens einer hätte das gemacht



STÄDTISCHE LIEGENSCHAFTEN: ENERGIETRÄGERVERGLEICH



Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung

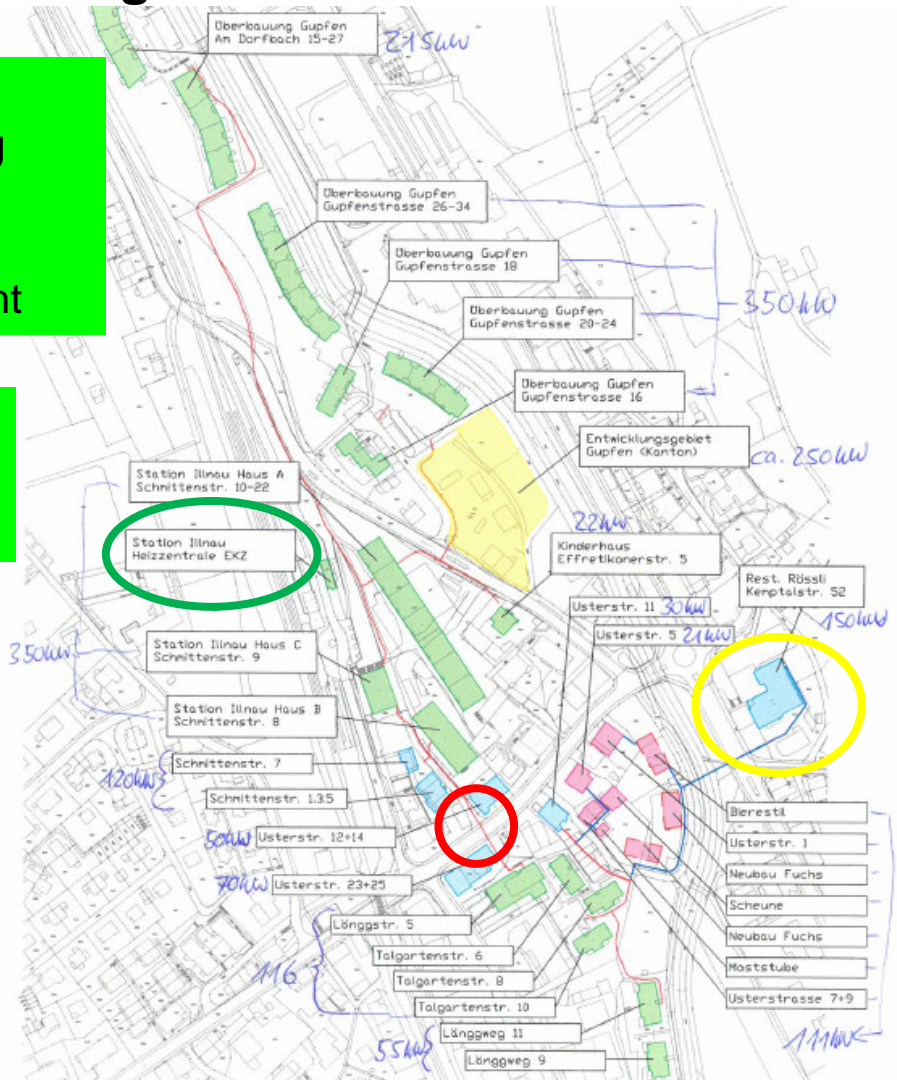
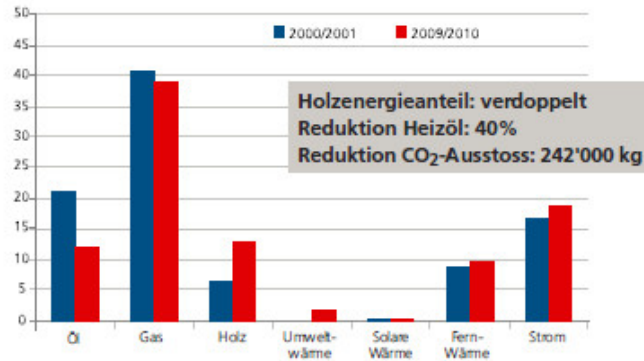


Wäre Holzpellet wirklich langfristig günstiger – wenigstens einer hätte das gemacht

Was bewirkten Sie mit einer Rückweisung:

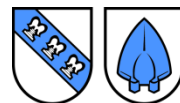
- Aufwändiges, teures Gutachten zum technischen Bericht vom 3. Februar 2014

STÄDTISCHE LIEGENSCHAFTEN: ENERGIETRÄGERVERGLEICH



Geschäft 05 / 2014

Gasthof Rössli Illnau – Heizung / Lüftung



Stadt Illnau-Effretikon

Vielen Dank!

für die Aufmerksamkeit



Jungliberale Illnau-Effretikon

Sanierung Heizung Rössli

Einschätzung:	Holzpellet	Erdöl	Fernwärme
Hunziker Betatech (22. Mai 2012)	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 800.- / kW	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 500.- / kW	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 1'400.- / kW
Hunziker Betatech (3. Februar 2013)	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 1'800.- / kW	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 1'200.- / kW	Investitions- kostenverhältnis: Fr. 2'300.- / kW
Ressort Hochbau (Voranschlag 2014)	Gesamtjahres- kosten: Fr. 43'600.-	Gesamtjahres- kosten: Fr. 41'800.-	Gesamtjahres- kosten: Fr. 43'600.-
Antrag Stadtrat (10. Juli 2014)	Gesamtkosten: Fr. 893'092.25	Gesamtkosten: Fr. 872'557.-	Gesamtkosten: Fr. 799'002.30